

Dramatischer Hilferuf der Sozialstationen

Caritas und Diakonie fordern eine kräftige Erhöhung der Pflegesätze – andernfalls drohe an vielen Orten das Aus



Fotos: Langer (2), KNA-Bild

Wenn Pflege zuhause nötig ist, kommt die Sozialstation – auch auf jeden entlegenen Schwarzwaldhof. Doch gerade den Einrichtungen der Kirchen fehlt das Geld. Sie sehen die Zukunft der ambulanten Pflege in Gefahr.

gewandt haben, hat einen aktuellen Anlass. Derzeit steht man nämlich in Verhandlungen mit den Kassen über die so genannten Leistungsentgelte – also darüber, was die Stationen etwa fürs Verbandwechsellern erhalten. Der Hilferuf soll den öffentlichen Druck auf die Kassen erhöhen, ihr bisheriges Angebot aufzubessern.

Bei den Verhandlungspartnern reagierte man indes verärgert. Von „keinem guten Stil“ sprach etwa

Die Caritasverbände und Diakonischen Werke in Baden-Württemberg fordern die Krankenkassen auf, die Pflegesätze in den aktuellen Verhandlungen deutlich zu erhöhen. Andernfalls drohe der ambulanten Versorgung vielerorts im Land das Aus.

Von Stephan Langer

So etwas nennt man wohl einen Hilferuf. Mit einem dramatischen Appell haben sich Caritas und Diakonie in Baden-Württemberg an die Öffentlichkeit gewandt. Die Botschaft der insgesamt vier Verbände ist eindeutig: Die ambulante Pflege im Land ist mittelfristig in Gefahr. „Die Mehrheit unserer Sozial- und Diakoniestationen steht mit dem Rücken an der Wand und kämpft ums Überleben“, erklärte Monsignore Bernhard Appel. Der Freiburger Diözesan-Caritasdirektor äußerte sich bei einer gemeinsamen Pressekonferenz mit dem Diakonischen Werk Baden in Karlsruhe. Zeitgleich fand ein weiteres Pressegespräch mit derselben Aussage in Stuttgart statt.

Den Diensten fehlt es an Geld. 60 Prozent der kirchlichen Pfl-

gedienste schreiben nach Auskunft der Verantwortlichen rote Zahlen. Vielen drohe die Schließung. Bernhard Appel verwies in diesem Zusammenhang auf das Schicksal der katholischen Sozialstation in Karlsruhe, die Ende 2011 geschlossen wurde.

Schuld an dieser Entwicklung sind aus Sicht der kirchlichen Wohlfahrtsverbände vor allem die Krankenkassen. Sie würden schon seit Jahren zu wenig für die ambulante Pflege zahlen. Dies belaste gerade die kirchlichen



„Die Mehrheit unserer Sozialstationen steht mit dem Rücken an der Wand und kämpft ums Überleben.“

Monsignore Bernhard Appel,
Diözesan-Caritasdirektor Freiburg

Anbieter, weil diese einerseits ihr Personal nach Tarif bezahlen und andererseits von ihrem Ethos her für alle Patienten dasein wollen. „Wir haben dem Land seit über 30 Jahren flächendeckend eine verlässliche ambulante Pflege geliefert“, erinnerte Bernhard Appel. Flächendeckend bedeute, so der Caritasdirektor weiter, dass die kirchlichen Dienste eben auch auf einen abgelegenen Schwarzwaldhof fahren, wenn dort Pflege notwendig ist.

Vor allem die Personalkosten seien kontinuierlich gestiegen – in den vergangenen neun Jahren um 17 Prozent, wie die Verantwortlichen vorrechneten. Dies werde aber durch die Kassen nur unzureichend refinanziert. Wie sehr diese Entwicklung auseinandergeht, machte bei der Pressekonferenz in Karlsruhe Rupert Niewiadomski deutlich. Er ist Geschäftsführer und Pflegedienstleiter der katholischen Sozialstation in Freiburg. Seine Einrichtung komme auf ein jährliches Defizit von 35 000 bis 40 000 Euro, was fast einer Personalstelle entspreche. „Wenn diese Schere weiter auseinander geht, wissen wir nicht, wie wir die Pflege weiter finanzieren sollen“, so Niewiadomski.

Dass sich Caritas und Diakonie gerade jetzt an die Öffentlichkeit



„Wir wissen nicht, wie wir die Pflege finanzieren sollen, wenn die Schere weiter auseinandergeht.“

Rupert Niewiadomski,
katholische Sozialstation
Freiburg

Joachim Müller, Referatsleiter „Pflege“ beim Verband der Ersatzkassen (VDEK), auf Konradtsblatt-Anfrage, angesichts des Auftritts der kirchlichen Verbände. In der Sache sei die geforderte Erhöhung von fünf Prozent nicht machbar. Schließlich seien die Kassen gehalten, sich an der Entwicklung der Grundlohnsumme zu orientieren. Diese habe sich zuletzt um etwa zwei Prozent erhöht. Außerdem müsse man die Beitragsstabilität im Blick haben.